

Ästhetische Gründe

Städtische Bühnen: „Reaktionäres Traumbild“, FR-Regional vom 21.10.

Was heißt genau reaktionär? Laut Wikipedia besitzt der Kampfbegriff einen abwertenden Charakter. In binnenideologischen Auseinandersetzungen, beispielsweise zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten oder Trotzkisten und Stalinisten wurde die Bezeichnung auf den politischen Gegner übertragen, um ihn als Feind zu markieren.

Ich befürworte – aus ästhetischen Gründen, da ich auch für den Wiederaufbau der Alten Oper war – die Wiederherstellung des alten Schauspielhauses am Willy-Brandt-Platz. Aus meiner Sicht ist es eine reine Frage des Architekturgeschmacks.

Sie machen daraus eine politische Frage – wer für die Vorkriegsarchitektur ist, ist politisch gesehen fortschrittsfeindlich. Wo bleibt hier die Vielfalt aller Meinungen, wo bleibt der demokratische Meinungsbildungsprozess (alle Bürger als Entscheidungsträger werden informiert, dann entscheidet die Mehrheit)? Sollten Sie nicht einen demokratischen Meinungsbildungsprozess, wie ihn die Initiative für den Wiederaufbau des Schauspielhauses initiiert hat, unterstützen? Nicht immer wurden Entscheidungen in Deutschland mit demokratischen Mehrheiten entschieden.

Wie sagte Willy Brandt: Reformen wagen. Nicht immer stimmt das, was Politiker (hier das Frankfurter Stadtparlament) im Hinterzimmer entscheiden. Vielfalt heißt für Linke anscheinend nur, dass allein ihre Meinungen gilt – Opposition ist reaktionär. Rüdiger Nowag, Dieleheim

Das höchste Gebot

AWO: „Leichtfertiger Umgang mit Steuergeld“, FR-Regional vom 26.10.

Es ist nicht zu verstehen, dass jeder fünfte Stadtverordnete mit der AWO verbunden ist. Es ist in einer Demokratie unerlässlich, dass Transparenz das höchste Gebot sein sollte. Unverständlich, dass die Innenrevision sowohl bei der Stadt noch bei der AWO intakt sein kann. Wer muss bei einem Arbeiterwohlfahrtsverband 150 000 bis 300 000 Euro jährlich verdienen? Das sind Sozialverbände und keine Bereicherungsverbände. Gesetzliche Regelung ist dringend erforderlich. Ich betone: bei einem gemeinnützigen Verband!

Klaus Hönerbach, Remagen

Wo bleibt das Bewusstsein für die Klimakrise?

Zum Dannenröder Forst: „A49-Proteste auf Autobahnen“, „Grüne Basis folgt Parteispitze“, FR-Regional vom 27. und 26. Oktober

Mit Blitzern hätte man die Raser schützen können

Herr Al-Wazir sieht die Zerstörungen im Dannenröder Forst als Erbe aus dem üblen Vor-Grünen-Betonzeitalter, mit dem er nichts zu tun hat. Er weiß offenbar nicht, was unter seiner Verantwortung passiert. Der Gieseler Forst gehört zu einem der größten Waldgebiete Hessens. Die L3206 ist eine alte, wenig befahrene Straße zwischen Neuhaus und Giesel. Der Ort hat keine 1000 Einwohner. Zufällig habe ich gesehen, wie breite Schneisen in den Wald geschlagen sind (siehe Foto rechts). Man habe die Kurven wegen häufiger Unfälle entschärft und vier Hektar Wald gerodet, begründet Hessen-Mobil die Zerstörungen auf Anfrage, als wäre es das normalste der Welt in Zeiten sich zuspitzender Klimakrise, wertvollen alten Wald zu zerstören. Es habe in den letzten Jahren neun Verletzte gegeben. Die Kurven waren schon immer mit Geschwindigkeitsbegrenzungen gesichert.

Es ist zu befürchten, dass die wahrscheinlich jungen, alkoholisierten, hochmotorisierten Männer in Zukunft nicht mehr mit 60 km/h aus der Kurve geraten, sondern auf der neuen Rennstrecke mit 100 km/h am Baum enden. Mit Blitzern hätte man die Raser vielleicht vor sich schützen können. Es wäre ein großer Zufall, wenn dies das einzige Beispiel für das vollkommene Fehlen eines Bewusstseins über die Klimakrise in Al-Wazirs Verantwortungsbereich wäre, über das ich da gestolpert bin. Und tief traurig und frustrierend. Bei Grün sehe ich leider schwarz. Karl Höhn, Frankfurt

Weitere Dynamik für die Corona-Pandemie

Rodungsarbeiten für eine geplante Autobahn, die A49, machen Großeinsätze der Polizei erforderlich, weil es heftigen Widerstand gibt. Die Einsatzkräfte reisen aus verschiedenen Bundesländern an und leben eine Weile hier, ehe sie gegen frische Kräfte ausgetauscht



Kahlschlag durch den Gieseler Forst bei Fulda zwecks Straßenbegradigung.

KARL HÖHN, PRIVAT

werden. Täglich stehen sich Hundertschaften der Polizei und Aktivisten gegenüber. Dabei sind Corona-Regeln nicht einzuhalten. Die Rodungsarbeiten ziehen Aktivisten aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern an, die Viren mitbringen und untereinander verteilen können. Aktivisten und Polizisten, die den Landkreis wieder verlassen, verteilen die Viren dann möglicherweise im ganzen Land. Wegen der Gefährdung für ihre Beamten fordert die hessische Polizeigewerkschaft, den Großeinsatz auszusetzen. Sie verhält bisher ungehört, weil ohne den Polizeischutz auch die Rodungen ruhen müssten. Aber sind die Rodungen wirklich so zeitkritisch, dass man dafür ein hohes Risiko auf sich nehmen muss? Es wäre schrecklich, wenn die Auseinandersetzung um diese Autobahn der Pandemie noch weiter Dynamik geben würde.

Frauke Nahrgang, Stadtallendorf

Ausgesprochen unerwünscht

Mit Entsetzen sehe ich, dass Leute versuchen, den gegen den Aus-

bau der A49 protestierenden Menschen eine Verantwortung für den schweren Unfall am Stauende anzulasten. Staus entstehen auf der Autobahn immer wieder, und der aufmerksame Fahrer reagiert darauf in der Regel angemessen mit Bremsen. Wenn ein Fahrer allerdings schläft oder telefoniert oder ..oder.., hat er allein die Verantwortung dafür, wenn er ungebremst (!) auf ein anderes Auto auffährt. Anderen dann Verantwortung aufbürden zu wollen, nur weil deren Ziel und Aktion politisch gerade unerwünscht ist, scheint zwar vordergründig einfach, ist aber schlicht ausgesprochen unverschämte und dumm.

Ursula Samman, Frankfurt

Ein Lamento über die grüne Zerrissenheit

Herrn Al Wazir muss sich gewaltig anstrengen, eine Krokodilsträne angesichts seiner angeblichen „Verpflichtung“, die A49 zu bauen, herauszupressen. Er hat absolut freiwillig bereits bei den Koalitionsverhandlungen dem Ausbau auf Kosten von 85 Hektar

unersetzbarem Wald zugestimmt.

Zu seiner Entlastung bringt Al Wazir seit Wochen vor, ihm seien die Hände gebunden. Das von Greenpeace eingeholte Rechtsgutachten überführt ihn nun der Lüge. Natürlich hätte er angesichts der Verantwortung der Landesregierung auch für die Gesundheit der Bürger – unter anderem für die Versorgung der Frankfurter mit unverseuchtem Trinkwasser – die Möglichkeit, zu intervenieren, die Rodungen zu stoppen und nochmals Alternativvorschläge, die bereits vorliegen, zu prüfen.

Die Wahrheit ist, dass die Grünen freiwillig eigenen Initiativen zur Rettung des Waldes entsagt haben. So viel Entsagung bei einer Partei, die mal als grünes Gewissen die Wähler anzog, ist schon bemerkenswert und selten in dieser zynischen Weise öffentlich gemacht worden. Daran ändern auch einzelne Abgesandte der Partei nichts, die bei den Wald-Aktivisten auftauchen und über ihre „Zerrissenheit“ lamentieren. Susanne Roether, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/dannenroeder

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Fraport muss sich gesundschrumpfen

Zu: „1600 Fraport-Beschäftigte wollen gehen“, FR-Regional vom 19. Oktober

Wer hätte das im Frühjahr 2020 gedacht? Der Mythos vom Jobmotor Flughafen, der Arbeitsplätze in Hülle und Fülle produziert, wird innerhalb weniger Monate von einem nur 100 Millionen Millimeter großen Virus völlig pulverisiert. Während Vorstand und Aufsichtsrat unverdrossen an ihrem vier Milliarden Euro teuren Terminal-3-Projekt weiterbasteln, werden jetzt Tausende von Beschäftigten auf die Straße gesetzt.

Das Terminal 3 wird das Geschäftsergebnis mit geschätzt mindestens 310 Millionen Euro durch Zinsen, Abschreibungen und laufende Betriebskosten belasten. Aus welchem operativen Geschäft sollen die eigentlich erwirtschaftet werden?

Zusätzlich will der Flughafenbetreiber dem Steuerzahler

am liebsten noch bis zum Sommer 2022 auf der Tasche liegen. Die Kurzarbeitergeldregelung läuft aber am 31. Dezember 2021 aus, so dass Fraport in den dann folgenden Monaten etwa 270 bis 360 Millionen Euro aus eigener Tasche bezahlen muss.

Eine Finanzspritze des Landes Hessen, dem Haupteigentümer, aus dem zwölf Milliarden Euro schweren Corona-Hilfsfonds darf es auf keinen Fall geben, weil nicht einzusehen ist, dass mal wieder der Steuerzahler die Managementfehler des Fraportvorstands ausbügeln soll.

Schonungslos hat Corona die immanenten Kernrisiken des Fraport-Geschäftsmodells aufgedeckt:

1. Der Vorstand hat den Risikobericht 2012 der Bundesregie-

rung „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ völlig ignoriert und ist total unvorbereitet ohne einen Plan B in die Corona-Pandemie hineingestolpert.

2. Auf Urlaubs- und Freizeitreisen kann man verzichten.

3. Für Geschäftsreisen gibt es zunehmend digitale Ersatzlösungen.

4. Internationale Drehkreuze können überall auf der Welt entstehen.

Die Frage heißt daher am Ende des Tages nicht: „Fliegen nach Corona?“ Sondern: „Fliegen mit Corona?“ Die Antwort kann eigentlich nur lauten: Fraport muss sich gesundschrumpfen, um wieder als ein in der Region verankertes Unternehmen leistungsfähig und profitabel zu werden.

Hans Schinke, Offenbach

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201102. Übersicht: frblog.de/aktuell